

**SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover**

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Im Rat der Landeshauptstadt Hannover**

In den

- Migrationsausschuss
- Verwaltungsausschuss

14.11.2008

Haushaltsbegleitantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der
Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1843/2008 – Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 0205.000 Interkulturelle Angelegenheiten
Finanzposition 718.000.5 Zuschüsse an übrige Bereiche, Lokaler
Integrationsplan
Neu: Zwangsheirat - Maßnahmen und Prävention

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, aus dem vorhandenen Ansatz Integrationsfonds

30.000.- €

für die Finanzierung folgender Maßnahmen einzusetzen:

1. die Zusammenarbeit mit den Verbänden/Glaubensgemeinschaften - nicht nur mit den islamischen, sondern mit allen zu organisieren. Dabei sollte der erste Schrittein klares Bekenntnis gegen die Zwangsehe sein.
2. Info-Materialien zu erstellen und in geeigneter Form Betroffenen zur Verfügung stellen. Diese sollten mehrsprachig sein und Informationen über die rechtlichen Möglichkeiten, Beratungsstellen und über die theologischen Grundlagen enthalten.
3. ein Konzept zur Präventionsarbeit zu erstellen und umzusetzen. Dabei darf es nicht zu Stigmatisierungen kommen - nicht jedes islamische Mädchen ist von Zwangsheirat bedroht; insbesondere das Rollenverständnis sollte hier angegangen werden.
4. Schaffung einer Beratungsmöglichkeit auch für Männer.
5. Das bereits bestehende Krisentelefon wird durch eine Online-Beratung ergänzt.

Den entsprechenden Ratsgremien soll Bericht erstattet werden.

Begründung:

Am 26. Juni 2008 fand eine gemeinsame Anhörung des Migrationsausschusses, des Gleichstellungsausschusses und des Jugendhilfeausschusses zum Thema Zwangsheirat statt. Diese Anhörung und auch die Erfahrungen mit dem niedersächsischen Krisentelefon GEGEN Zwangsheirat zeigen auf, dass ein dringender Handlungsbedarf besteht. Allein im Jahr 2007 wurden 122 Mädchen und junge Frauen und 8 Männer aus Niedersachsen unterstützt, die von Zwangsverheiratung betroffen bzw. bedroht waren. Ein großer Teil davon lebt in Hannover. Darüber hinaus gibt es viele Betroffene, die nicht sichtbar sind.

Zwangsverheiratung ist eine Menschenrechtsverletzung, Staat und Gesellschaft haben schon deshalb die Pflicht, diese zu ächten und Betroffenen zu helfen. Auch auf der kommunalen Ebene gibt es Handlungsspielräume.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender